

Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaktion und Expedition
Johanniskirche 33.
Beratungs-Redakteur Fr. Härtner.
Sprechstunde d. Redaktion
Samstag von 11–12 Uhr
Sonntags von 8–9 Uhr.

Zahlung der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Summe an Wochentagen bis
zum Nachmittag, an Sonn-
und Festtagen früh bis 10 Uhr.

Allzeits für Inkassotnahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Luis Wölke, Hauptstr. 21, part.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Raths der Stadt Leipzig.

Nº 188.

Montag den 7. Juli.

1873.

Bekanntmachung.

Mietveränderungen betreffend.

Um das Verzeichniß der Einquartierungspflichtigen und der zur Einquartierung geeigneten Räume in Ordnung zu erhalten, geben wir den Hausherrn und Administratoren hiermit auf, jede in ihren Hausrückständen eingetretene Miet- resp. Zinsveränderung längstens acht Tage nach deren Eintrett bei unserm Quartier-Amt, Katharinenstraße Nr. 29 (Alte Rathausgasse) II. Etage, Städtischer Saal, lezte Thüre, schriftlich anzumelden.

Jede Unterlassung oder Versäumnis dieser Vorschrift wird mit einer Geldstrafe von fünf Thaler geahndet werden.

Leipzig, den 27. Juni 1873.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Koch. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Diejenigen Grundstücksbesitzer, welche einen Besitzlehensantrag an die Stadtkasse zu zahlen haben und damit pr. Termin Johannis 1873 im Rückstand geblieben sind, werden zu dessen sofortiger Berichtigung aufgefordert.

Leipzig, den 28. Juni 1873.

Des Raths Finanz-Deputation.

Dritte ordentliche Generalversammlung der in Berlin domicilierten „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“

zu Leipzig 5–7. Juli.

I.

* Leipzig, 6. Juli. Seit dem Kriege gegen Frankreich besteht in Berlin ein unter dem Namen „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ gegründeter Verein, der den Zweck verfolgt: der städtischen und ländlichen Bevölkerung, welcher durch die staatlichen Volksschulen im Kindesalter nur die Elemente der Bildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungstoff und Bildungsmittel zugänglich zu machen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben im Staate, in Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu bewältigen.“ Unter den Mitteln zur Erreichung dieses Zwecks steht in dem Statut des Vereins oben: die Verbreitung von Fragen der freien Volksbildung in öffentlichen Versammlungen der Gesellschaft.

Die regelmäßige Generalversammlung des Vereins hat vor Ende des vierten Monats nach Schluß des Rechnungsjahrs stattzufinden, außerordentliche Generalversammlungen werden vom Centralausschuß, der seinen Sitz in Berlin hat, erforderlicher Falle einberufen. Dieser Centralausschuß — 36 Mitglieder — hat überhaupt die Leitung des Vereins und erledigt alle Angelegenheiten, soweit solche nicht der Generalversammlung vorbehalten sind, durch einen von ihm aus sich heraus gewählten Central-Vorstand (5 Mitglieder), das Organ, das den Verein nach außen vertreibt, aber vollständig unter Kontrolle des Centralausschusses steht.

In Leipzig hat sich ein dieselben Sitzungen als Grundgesetz betrachtender Zweigverein gebildet, dessen Statuten vom 13. Mai d. J. datiert und unter diesem Datum in Berlin wie in Leipzig angenommen worden sind. Der Zweigverein übernimmt gewisse Pflichten gegen den Centralverein, insbesondere alljährlich zur Sitzung des Letzteren bis auf weiteres 30 Prozent seiner Mitgliederbeiträge ab.

Gestern Abend trafen nun die sich zur Generalversammlung des Centralvereins einstellenden Mitglieder des Letzteren ein und fanden im Schulhaus alle Anwälten getroffen, sie zu empfangen, Ansicht zu erhalten und die Logistikkarte zu erläutern. Zu einer eigentlichen Versammlung mit Besprechung von Fragen der heutigen Lageordnung kam es nicht, wohl aber wurden im großen Saale die freudigen Herren Namen des Leipziger Zweigvereines und zwar in Vertretung des Localcomitis durch ein Mitglied des Letzteren, Grafen R. Gerhold, mittelst einer recht warmen Ansprache auf freundliche willkommen gegeben, im Sinne aller hiesigen Comitémitglieder des besten Willens versichert, den auswärtigen Herren den Aufenthalt in unserer guten Stadt so angenehm als möglich zu machen, auch um gütige Nachsicht gebeten, wenn Leipzig etwa unbegrenzt Erwartungen ganz zu entsprechen schließt, doch vielleicht nicht im Stande sein sollte.

Inzwischen hatten sich die hier anwesenden Mitglieder des Centralausschusses zu einer Sitzung zusammengezogen gehabt, um die Reihenfolge der Vorträge und morgen zur Verhandlung zu hellenden Ereignisse der Tagessordnung zu bestimmen. Die Vorträge ordnen sich danach wie folgt: Dr. Georg Hirth (die Volksbildung als soziale und politische Frage); Dr. Lindner im (Reichsgericht); Redakteur A. Lammerts (Jugendbibliotheken und Volksliteratur); Ludwig Weyl (Antrag auf Vorlage eines Reichschulgesetzes mit obligatorischer Fortbildungsschule); Dr. F. Reibing, Centralvorstandsscretär des Vereins (Antrag auf ungeduldige Errichtung von gewerblichen Fortbildungsschulen in Preußen, um sie der Ministerialunterstützung, die 1874 ins Leben tritt, schnellst zu machen); Oscar Vahe

(ein mit einem Wunsche des Halberstädter Handwerker- und Gewerbevereins kombinierter Antrag auf Veranlassung von Wandervorleser-Vorträgen) endlich Dr. Garcis (Vorlesungen für Fortbildungsschulen), Dr. Max Hirsch (Vollsworthschaftslehre und Volksbildung) und Prof. Dr. Schmidt-Schwarzenberg (Erziehungskunst für Knaben nach den Schulstunden).

**

Nach 5½ Uhr begannen heute Vormittag die Verhandlungen im Trianonsaal, dessen Tribünen rechts und links für die an der Versammlung teilnehmenden Gäste und die Damenwelt vorbehalten waren und sich bald fast vollständig besetzt zeigten.

Die Zahl der Anwesenden von hier und auswärts möchte im Saale weit über Hundert betragen, auch die auswärtige Presse (Berlin) war durch Berichterstatter vertreten.

Den Vorsitz am Bureau des Generalversammlung führte der Reichstagsabgeordnete und Anwalt der deutschen Genossenschaft Schulze-Delitzsch (Potsdam). Er eröffnete die Versammlung in kurzer Ansprache über Zweck und Bedeutung des Vereins und dessen zweijährige Tätigkeit zur Erzielung der jetzt doppelt nötigen Volksbildung, gerade unserem deutschen Volke ein natürliches altangestammtes Bedürfnis, eine Bildung, die er als eine wahre Existenzfrage für das junge deutsche Reich bezeichnete. Das Licht in den Köpfen sei die beste, allein beste Gewebe gegen die Mächte der Finsternis, eine bessere als die bloße staatliche Macht. Organisierte Begeisterung müsse dem Fanatismus der blinden, wütigen, einer Diktatur gehorgenden Massen entgegenstehen werden. (Beifall an mehreren Stellen der Rude.)

Bürgermeister Dr. Koch erhielt darauf das Wort zur Begrüßung der Versammlung Namens der Stadt Leipzig, eine Ansprache, in der sich Redner ganz den Ansichten des Vorredners anschloß und dem Vereine dankend für die Wahl Leipzig als Versammlungsort betonte, daß die Volksbildung vor Allem eine Aufgabe der Gemeinden, auch für diese eine Lebensfrage sei. Ohne den soliden Untergrund der Volksbildung wäre die Erfolge der Jahre 1870/71 unmöglich gewesen. Leipzig werde die Fahne der Volksbildung immerbar hochhalten, das versicherte er. (Bravo!)

Schulze-Delitzsch erwiderte mit verbindlichen Worten und übergab das Wort dem ersten Redner.

Dr. Hirth zu seinem schon erwähnten Vortrage über die soziale und politische Frage der Volksbildung.

Dr. Hirth sprach noch von der Rednertribüne in gedrängter Darstellung über das gewählte Thema, als der Schluss unterst Blattes eintrat.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Einzelne Schwäger der preußischen Fortschrittspartei reiten noch immer auf dem Stedenpferde des „Militarismus“ und sprechen recht überflüssiger und unüberlegter Weise für eine höchstens zweijährige Dienstzeit. Die

Nord. Allgem. Blg. bemerkt dazu: Es erhebt daraus wieder einmal recht deutlich, wie die Fortschrittspartei tatsächlich den Rückstand repräsentiert. Nachdem Deutschland mit unsäglichen Mühen und Anstrengungen, nach heftigen Kämpfen endlich dahin gelangt ist, ein in den Augen des ganzen Erdalls, nur nicht der Fortschrittspartei, unvergleichliches Heer zu haben, tragen die Herren „vom linken Flügel“ kein Bedenken, diesen Vortrag Deutschlands vor seinen Nachbarn, diese sicherste Übungsfest einer friedlichen und geordneten Existenz, so viel an ihnen liegt, von Neuem in Frage zu stellen! Aber die Phrase von der höchstens zweijährigen Präsenzzeit ist nur die erste Etappe auf einem Wege, der unaufhaltsam zu dem berühmten „Volksheer“ zurückführt. Was würde wohl aus

Preußen, aus Deutschland geworden sein, wenn die geschichtliche Entwicklung des letzten Jahrzehntes, anstatt gegen die Wünsche der Fortschrittspartei, lediglich gemäß den Rechten der Staaten gegangen wäre? Aber für diese Partei sind eben alle Lehren der Geschichte vergessen! Nicht Frankreichs Schicksal unter der Regierung der Septemberkönige, nicht Spaniens beläugelwerten Geschick ungeteilt, wenn nicht wegen seiner sogenannten Verfassung, die doch das Ideal jedes echten Fortschrittmannes sein muß, dienen ihr zur Lehre. Sie hat seit jenen Tagen, wo es sich so schön in Phrasen schwelgen ließ, bis die Nation sich mit Widerwillen davon abwandte, nichts gelernt und Nichts vergessen! Höchstens vergessen, daß ihr durch den Willen der Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes das Viehherdenpferd, die „Frage“ der Präsenzzeit, längst entwunden ist. Und wohl uns, daß starke Hände unser Staatschiff bewahren, von neuem auf diese Klype zu laufen.

Die Ausführung der Kirchengeschehe geht nach Art der preußischen Bureaucratie ohne besondere Aufzäsuren oder Gemüthsbewegungen ruhig vorwärts. So schreibt der in Münster erscheinende Westfäl. Merkur: Unter dem 20. v. M. hatte der Herr Oberbürgermeister Ossenberg im Auftrage der hiesigen Regierung von den Vorfaltern des Priester-Seminars, des Collegium Borromaeum und des Collegium Paduanum die Statuten, die Hausbördnung, den Lehrplan, das Disciplinar-Reglement, die Nachweisung über den Personalbestand der Vorstandsmitglieder und eine Darlegung der Qualification derselben baldig einzufinden erfuhr. In diesen Tagen nun sind die Statuten und die Hausbördnung an ihn überreicht worden. Da einer der Vorfalter bis zum 27. Juni dem Berlager noch nicht nachgekommen war, wurde er von dem Herrn Regierungs-Präsidenten Delius aufgefordert, spätestens innerhalb drei Tagen wie beschrieben zu handeln, widergenfalls ic.

Den nach Guida gefandnen Regierungskommissarien, welche das bischöfliche Seminar inspicieren sollten, wurde jede Auskunft entschieden verweigert.

Am 30. Juni haben die Minister sämtlicher Thüringischen Staaten in dem romantisch gelegenen Schwarzenburg eine Konferenz abgehalten, um in der Löfung einiger politischen und finanzieller Fragen (Matricularbeiträge) eine Vereinigung herzuzuführen. Etwas Näheres ist im Publikum darüber noch nicht bekannt geworden.

Die voraussichtlich bevorstehende zweite Reichstagsession kann natürlich auf die Verhandlungen der einzelnen Landtage nicht ohne Einfluß bleiben.

Den Vernehmen nach hat die bayerische Regierung die aus der Gleichzeitigkeit eines Tages ihrer Kammer mit dem Reichstag früher hervorgegangenen Missstände richtig gewürdigt, und deshalb beschlossen, ihren Landtag vor der Reichstagsession einzuberufen und ihm das Budget für die Finanzperiode 1874/75 vorzulegen, die Detailberatung derselben aber bis nach dem Schluß der Reichstagsession aufzuschieben. Von den Abgeordneten der zweiten bayerischen Kammer sind reichlich 20, darunter beide Präsidenten und zwei unter den vier Schriftführern, Mitglieder des Reichstags, auch von den bayerischen Reichsrats-Mitgliedern seien mehrere (u. A. Fürst Hohenlohe und Freiherr v. Frankenstein) in den Reichstags und überdies ist die Anwesenheit mehrerer bayerischer Minister bei den bevorstehenden Beratungen des Reichstages dringend wünschenswert.

Andererseits aber wird die rechtzeitige Vorlage des Budgets von der bayerischen Verfassung vorgeschrieben. Der unter diesen Umständen von der bayerischen Regierung ergriffene Ausweg, der zugleich den Anforderungen des Particularstaates und seiner Verfassung wie den Bedürfnissen des Reiches gerecht wird, ist ein neues Symptom von dem nahen Verhältniß, das sich nach vorübergehenden Bestimmungen zwischen Berlin und München glücklich wiederhergestellt zu haben scheint.

Einer der österreichischen Donau-Monitors, auf einer Übungsfahrt begriffen, kam dabei nach der bayerischen Grenzstadt Passau. Wie nun gemeldet wurde, hätten die bayerischen Behörden nicht erlaubt, daß der Monitor daselbst anlege. Am 3. Juli Abends langte aus München an den Stadtkommandanten von Passau die Weisung ein, daß der österreichische Monitor in Passau zu verbleiben habe und daß, wenn der selbe schon stromaufwärts gegangen sei, ihm telegraphisch die Welle reise untersagt werde.

Aus Wien schreibt man der „Nat. Zeitung“: Unter all den traurigen Erscheinungen, die man am politischen Himmel in Österreich täglich beobachten kann, ist keine so sehr geeignet, den Glauben an die Zukunft dieses Staates zu erschüttern, als die Armut an staatsmännischen Capacitäten und, was wohl noch schwerer

Ausgabe 11.300.

Abonnementpreis
wöchentlich 1 Thlr. 15 Rgt.
incl. Bringerlohn 1 Thlr. 20 Rgt.
Jede einzelne Nummer 2½ Rgt.
Belegexemplar 1 Rgt.

Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbelehrung 11 Thlr.
mit Postbelehrung 14 Thlr.
Inserate
4geplante Beurgoiszeile 1½ Rgt.
Größere Zeitschriften
laut unserem Preisverzeichniß.
Reklamen unter d. Redaktionssch.
die Spaltzeile 2 Rgt.

1873.

wiegt, an politischen Charakteren, denen es gelingt, sich durch die entgegenstehenden Hindernisse Bahn zu brechen, und an denen die tiefsinnigen Hoffnungen der wahren Verfassungsfreunde sich neu aufrichten könnten. Über die geringe Zahl derjenigen bisherigen Abgeordneten, welche sich zur Wahl in die Ausschüsse oder gar zu Berichterstattungen eigneten, herrscht in allen Kreisen des bisherigen Abgeordnetenhauses nur eine Meinung, und wurde die Notwendigkeit einer beträchtlichen Vermehrung der Zahl der Abgeordneten bei den Verhandlungen über die Wahlreform insbesondere aus letzterer Rücksicht allgemein anerkannt. War es doch ein halb öffentliches Geheimnis, daß nicht wenige der aus Roth hierzu bestellten Berichterstatter sich als unsfähig oder unlustig erwiesen, die Ausarbeitung der ihnen zugewiesenen Ausschüsse selbst zu besorgen, und daß letztere nicht selten durch Zubürgernahme der Kräfte der zugetheilten Ausschüsse beauftragt werden mussten, was man aus der Nagerkeit und Überflächlichkeit gar mancher dieser Berichte gar leicht entnehmen konnte. Wesentlich aus diesem Grunde ist auch der Vergiß aller und jeder Diskussion selbst über die wichtigsten Fragen, der in unserem Abgeordnetenhaus nachgerade zur Gewohnheit geworden war, zu erklären. Das die fast zur Regel gewordene rein passive Haltung des Abgeordnetenhauses das Vertrauen zu demselben und das Interesse an dessen Verhandlungen nicht erhöhen konnte, ist klar.

Ein Gesuch der Romisch-Katholiken in Ulrich um Einräumung eines anderen Locals zur Abhaltung ihres Gottesdienstes ist von der Regierung abfällig bezeichnet worden. Begründet wird der Bescheid durch den Hinweis auf den Umstand, daß die Petenten die selber von ihnen innengehobene Kirche von freien Studien geräumt und verlassen hätten, und daß der von ihnen dafür angegebene Grund, daß nämlich die Kirche durch den vom Regierungsstatthalter in derselben zugelassenen altpatristischen Gottesdienst profaniert worden sei, nur von dem hohen Grade von Intoleranz Zeugnis ablege, von welcher sie sich leiten ließen.

Aus gut unterrichteten Kreisen Rom's verlautet, daß das neue Cabinet wie folgt zusammengesetzt ist: Minghetti Präsident und Finanzen, Vigliani Justiz, Cantelelli Inneres, Spaventa öffentliche Arbeiten, Ridotto Marine, Ricotti Krieg, Visconti-Benosa auswärtige Angelegenheiten, Scialoja öffentlicher Unterricht. Da indes mehrere der Benannten zur Zeit in Rom nicht anwändig sind, so wird die Zusammensetzung des Cabinets erst nach einigen Tagen veröffentlich werden.

In die Beratungen über einen neuen englisch-französischen Handelsvertrag ist durch die in Vervailles eingetretene Regierung veränderung erhöhte Lebhaftigkeit gekommen. In der letzten Sitzung des englischen Unterhauses machte der Unterstaatssecretär im auswärtigen Amt Viscount Enfield auf eine Anfrage Edward Mall's die Mitteilung, daß die betreffenden Verhandlungen unausgeführt fortdundern und ein für beide Theile befriedigendes Resultat hoffen lassen.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß der entthobene Khan von Khiva zurückgekehrt ist, dem General Kaufmann sich gestellt und auf Gnade und Ungnade ergeben hat. In der Begleitung des zurückgekehrten Khans befinden sich sämmtliche Minister und Hauptthäaber desselben. Eine Ehrenwache ist mit der Überwachung des Khans beauftragt.

Aus Stadt und Land.

△ Leipzig, 6. Juli. Gestern Dienstag Abend wird der hiesige Deutsche Protestantengen. Verein eine Mitglieder-Versammlung halten, in der zunächst über den Stand der seither betriebenen Vorbereitungen für den im August hier abzuhaltenden Protestantentag berichtet werden soll. Je näher der Tag heranrückt, umso mehr wird es begreiflicher Weise auch interessanter zu wissen, was zu seiner würdigen Ablaufung geschieht.

noch geschehen muß und geschehen möchte, und so steht es denn wohl zu erwarten, daß hierüber nun bald Weiteres dem großen Publikum bekannt wird, aus dem heraus sich eine in vieler Hinsicht recht warme Teilnahme für die Festversammlung kundgibt. Nach den auf letztere bezüglichen Mittheilungen wird sich die Mitglieder-Versammlung noch mit Besprechung der Kunst von Heidelberg aus verdienten neuen Theben über die Kirchenverfassungsfrage beschäftigen, welche letztere bekanntermassen auch auf der Tagessordnung des Protestantentages steht, und schon um bedenken die gründlichste Besprechung in den Ordinarien erhebt.

* Leipzig, 6. Juli. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die „Leipziger Zeitung“ seit einigen Tagen nicht mehr unter der Redaktion des Herrn Florenz erscheint, sondern